

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis außergewöhnlicher Abkürzungen	12
Regelungsmodelle des Familienleistungsausgleichs zwischen staatlicher Nachwuchssicherung und familiärer Gestaltungsfreiheit – Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Rechtsvergleich <i>Margarete Schuler-Harms</i>	
A. Einführung	14
I. Wandel von Familie, Geburten- und Beschäftigungsentwicklung	14
II. Wandel der Familienpolitik	15
III. Das deutsche Problem einer wirkungsorientierten Familienpolitik und der Wert des internationalen Systemvergleichs	17
B. Vergleichsgegenstand und -methode	20
I. Sample	20
1. Frankreich	21
2. Großbritannien	23
II. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands und Gang der Untersuchung	24
III. Begriffsklärungen	26
C. Zusammenspiel von Anreizorientierung und staatlicher Neutralität im Rechtsvergleich	28
I. Verfassungsrechtliche Maßgaben für Gestaltungsfreiheit und anreizorientierte Familienpolitik	28
1. Deutschland	29
2. Frankreich	31
3. Großbritannien	32
II. Knüpfung der Familienförderung an den rechtlichen Status der Elternschaft	34
1. Ehe im Einkommensteuerrecht	35
2. Nichteheleiche Elternschaft im Einkommensteuerrecht	39
3. Eheleiche Lebensgemeinschaft im Sozialrecht	40
4. Nichteheleiche Lebensgemeinschaft und nacheheleiche Solidarität im Sozialrecht	42
III. Knüpfung der Familienförderung an den Tatbestand des Alleinerziehens	43
1. Terminologie	43
2. Einzelne Komponenten	45
IV. Zwischenfazit: Gesamtbewertung der Anknüpfung an den Status der Elternschaft	47
V. Knüpfung der Familienförderung an den Status der Erwerbstätigkeit oder Nichterwerbstätigkeit erziehender Eltern	50
1. Erziehungs- bzw. Elterngeld	50
2. Rentenrechtliche Erziehungszeiten	53

3. Steuerliche Abzugsfähigkeit und Erstattung von Kosten der Kinderbetreuung durch Dritte	54
4. Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung	58
VI. Knüpfung der Familienförderung an Geburt, Ordnungszahl und Alter der Kinder	59
1. Berücksichtigung der Geburt und Adoption	60
2. Berücksichtigung der Ordnungszahl der Kinder	61
3. Berücksichtigung des Alters der Kinder	63
VII. Knüpfung der Familienförderung an das Einkommen	66
VIII. Rechtliche Sicherung der Dynamisierung und Anpassung	70
IX. Fazit: Verhältnis von familiärer Gestaltungsfreiheit und staatlicher Nachwuchssicherung in den unterschiedlichen Regelungsmodellen	71
D. Anhang: Synopse der Komponenten	76
I. Einkommensbesteuerung	76
II. Zuwendungen in Geld	76
III. Berücksichtigung der Familie in der Sozialversicherung	77
IV. Außerhäusliche Kinderbetreuung	77

**Rechtliche Rahmenbedingungen der Kindertageseinrichtungen
für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt –
das deutsche Modell aus vergleichender Perspektive**

Kirsten Scheiwe

A. Einleitung	78
I. Problem und Fragestellung	78
II. Die rechtliche Ausgangssituation in der BRD	82
1. Verfassungsrechtliche Aspekte	82
2. Das Kinder- und Jugendhilferecht	83
3. Weitere bundesgesetzliche Vorgaben	85
4. Internationales Recht und EU-Recht	86
B. Zuordnung der Kindertageseinrichtungen zur Fürsorge oder zum Schulwesen?	87
I. Historische Anmerkungen – Aufgaben und Ziele von Kindertageseinrichtungen im Wandel	88
II. Die Gesetzgebungskompetenz für Kindertagesstätten – Gesetzgebungskompetenz des Bundes nach Art. 74 Nr. 7 GG (Fürsorge) oder der Länder nach Art. 70 Abs. 1 GG (Bildungswesen)?	90
1. Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen in Art. 70 GG	90
2. Gesetzgebungskompetenz für die öffentliche Fürsorge in Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 GG	91
3. Stellungnahme	94
III. Vergleichende Anmerkungen	96
1. Zuordnung zum Schulwesen	101
2. Zuordnung zum Bereich des Sozialwesens	101
3. Zuordnungswechsel – die Sonderrolle Schwedens	101
4. Folgerungen aus dem internationalen Vergleich	102

C.	Verwaltungs- und Finanzierungszuständigkeiten und Vorschläge zur Veränderung von Finanzierungsmodellen und Steuerungsmechanismen	104
I.	Die Verteilung der Verwaltungs- und Finanzierungszuständigkeiten in der BRD	104
II.	Finanzierungsarten und Reformvorschläge – Zuwendungsfinanzierung oder Entgeltfinanzierung – von der Objekt- zur Subjektfinanzierung?	110
III.	Teilnahmebeiträge der Leistungsberechtigten	112
IV.	Vergleichende Anmerkungen	113
	1. Vergleich der Verwaltungszuständigkeiten	113
	2. Vergleich der Finanzierungsstrukturen	114
D.	Unterschiede zwischen subjektiven Rechtsansprüchen, Ermessensleistungen und objektiven Rechtspflichten des öffentlichen Trägers	117
I.	Inhalt und Umfang des Rechtsanspruchs auf Bereitstellung eines Kindergartenplatzes (§ 24 Abs. 3 SGB VIII)	119
II.	Vergleichende Anmerkungen – Rechtsansprüche in anderen europäischen Ländern	122
III.	Die objektiven Rechtspflichten des öffentlichen Trägers zur Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebots an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege	123
	1. Zum Rechtsbegriff des Bedarfs und zur Bedarfsermittlung	125
	2. Die Übergangsregelung für die Gestaltung des Förderangebots bis 1.10.2010 (§ 24a SGB VIII)	128
IV.	Die Gesamt- und Planungsverantwortung der öffentlichen Träger (§ 79 I SGB VIII) und das Verfahren der Jugendhilfeplanung (§ 80 SGB VIII)	128
	1. Die Rechtsqualität von Planungspflichten und -entscheidungen der Jugendhilfeträger	129
	2. Ermessensausübung bei der Vergabe zu knapper Plätze – Ermessensgrundsätze	131
	3. Vergleich der Planungsverpflichtungen	132
E.	Länderberichte – Kurzdarstellung (B, DK, F, FIN, SW)	132
I.	Belgien	133
	1. Angebote von Kindertagesstätten und Vorschulen; Zuständigkeiten und Verwaltung, Finanzierung; Rechtsgrundlagen; Umfang und Versorgungsquoten	133
	2. Entwicklungstendenzen	133
II.	Dänemark	135
	1. Angebote von Kindertagesstätten; Zuständigkeiten und Verwaltung, Finanzierung; Rechtsgrundlagen; Umfang und Versorgungsquoten	135
	2. Entwicklungstendenzen	137
III.	Finnland	138
	1. Angebote von Kindertagesstätten; Zuständigkeiten und Verwaltung, Finanzierung; Rechtsgrundlagen; Umfang und Versorgungsquoten	138
	2. Entwicklungstendenzen	140

IV.	Frankreich	141
	1. Angebote von Kindertagesstätten und Vorschulen; Zuständigkeiten und Verwaltung, Finanzierung; Rechtsgrundlagen; Umfang und Versorgungsquoten	141
	2. Entwicklungstendenzen	143
V.	Schweden	144
	1. Angebote von Kindertagesstätten und Vorschulen; Zuständigkeiten und Verwaltung, Finanzierung; Rechtsgrundlagen; Umfang und Versorgungsquoten	144
	2. Entwicklungstendenzen	146
F.	Ergebnisse der vergleichenden Betrachtungen und Resumée	147
G.	Anhang	152
	I. Übersicht 1: Platz-Kind-Relationen in % bei Kindergartenplätzen am 31.12.2002 in den Ländern	152
	II. Übersicht 2: Ausführungsgesetze der Bundesländer zu Kindertageseinrichtungen für Kinder im Kindergartenalter	153

Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen einer „Familienkasse“
Margarete Schuler-Harms

A.	Ziele und Funktionen einer Familienkasse	154
	I. Ausgangsbefund: System der Familienleistungen aus institutioneller Sicht	154
	II. Gründe und Ziele einer institutionellen Neuorientierung	157
III.	Vorläufer, Vorbilder und Vorschläge	159
	1. Die französische Caisse d'Allocations Familiales	159
	2. Der österreichische Familienlastenausgleichsfonds	161
	3. Die Kindergeldkassen (Familienkassen) bei der BA	162
	a) Entwicklung	162
	b) Aktuelle Organisation	164
	4. Der Schreiber'sche Vorschlag einer „Kindheits- und Jugendrente“ und der Vorschlag eines „intergenerationellen Leistungsausgleichs“ des Wiss. Beirats für Familienfragen	165
	5. Vorschlag einer steuerfinanzierten Institution auf Bundesebene	167
	6. Zusammenfassender Überblick und weiterer Gang der Untersuchung	168
B.	Verfassungsrechtliche Aspekte der Finanzierung	170
	I. Finanzierung durch Zwecksteuer und Steuerzuschlag	170
	1. Begriff und Funktion	171
	2. Rechtliche Bindungen	173
	3. Folgerungen für die Einrichtung einer Familienkasse	175
	II. Finanzierung durch nichtsteuerliche Abgaben	175
	1. Abgabenverpflichtete	176
	2. Abgabentypen	177
	a) Abgabe nach Art des Sozialversicherungsbeitrags	177
	b) Abgabe nach Art der Sonderabgabe	181

c) Abgabe nach Art der Rundfunkgebühr	182
d) Abgabe eigener Art	182
III. Ergänzende Heranziehung der Wirtschaft	184
C. Rechtliche Aspekte der Bildung von Sondervermögen und Nebenhaushalten	186
D. Rechtliche Aspekte der Organisation	189
I. Mögliche Organisationsformen	189
1. Juristische Person des Privatrechts	190
2. Selbstverwaltungskörperschaft	191
3. Organisationsform der mittelbaren Staatsverwaltung i.e.S.	193
4. Bundesoberbehörde	195
5. Rechtlich unselbständiges Sondervermögen	197
II. Familienkasse im föderalen Staatsaufbau	197
1. Zentrale Bundesverwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau	198
2. Föderale Gliederung	200
3. Zusammenwirken von Bund und Ländern	200
E. Zusammenfassung	201
Literaturverzeichnis	203
Stichwortverzeichnis	220